



Werbeinvestitionen im Jahr 2020 um 4,4 Prozent gesunken

34,3 Milliarden Euro brutto sind im Jahr 2020 in Deutschland in die Werbung geflossen. Das waren nach Angaben des Marktforschungsunternehmens Nielsen 4,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Die höchsten Werbeaufwendungen wurden mit rund 2,5 Milliarden Euro im Lebensmitteleinzelhandel verzeichnet, gefolgt von Werbung für Arzneimittel in Höhe von rund 1,6 Milliarden Euro. Die höchsten Werbeeinnahmen hatten die Fernsehsender: Rund 47 Prozent der Werbeumsätze gingen auf ihr Konto. Einen großen Einbruch erfuhren die Kinos aufgrund der Lockdown-Maßnahmen in der Corona-Krise: Ihre Werbeeinnahmen waren im Vergleich zum Vorjahr um 74,7 Prozent zurückgegangen. Den zweitgrößten Rückgang verzeichneten die Publikumszeitschriften (minus 11,0 Prozent).

Quelle: Nielsen, ARD-Werbung Sales & Services (<http://dpaq.de/PuI89>, <http://dpaq.de/Vba4W>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Januar 2022

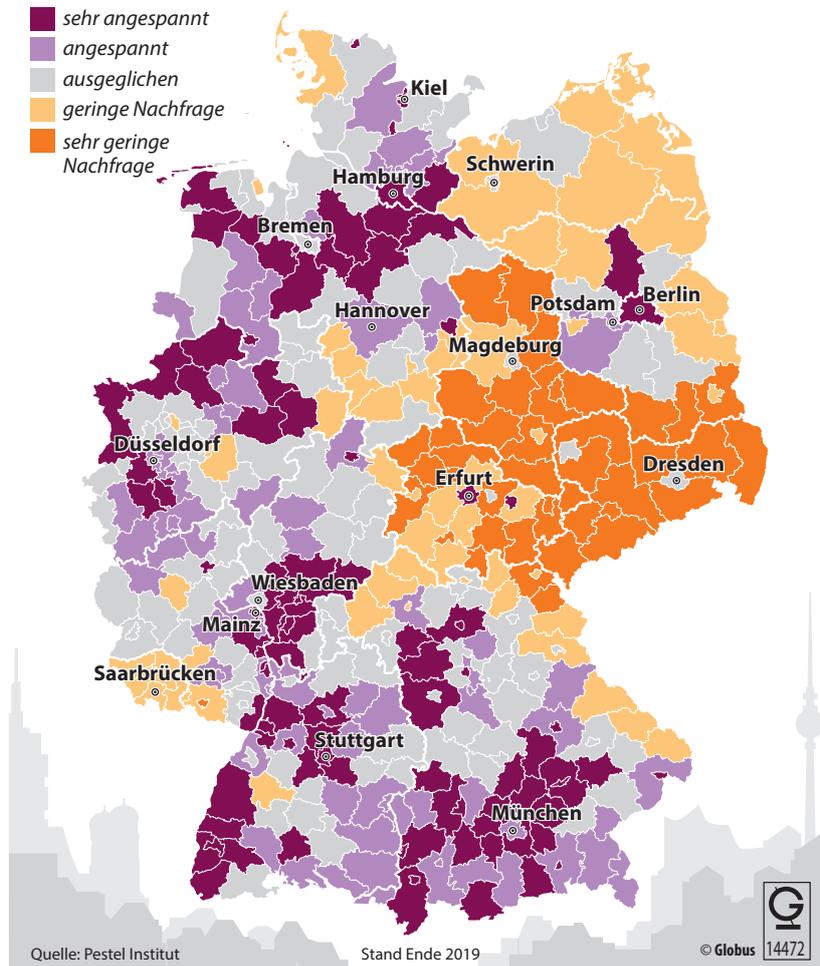
Siehe auch Grafik: 13482 Kritik an Werbung, 14322 Die größten Online-Shops in Deutschland

Grafik: Karen Losacker, Fred Bökelmann; **Redaktion:** Dr. Bettina Jütte

Die Situation am Wohnungsmarkt

So ist das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage in den Kreisen und kreisfreien Städten:

- sehr angespannt
- angespannt
- ausgeglichen
- geringe Nachfrage
- sehr geringe Nachfrage



Quelle: Pestel Institut

Stand Ende 2019

© Globus 14472

Die Corona-Pandemie könnte Einfluss auf den Wohnungsmarkt haben

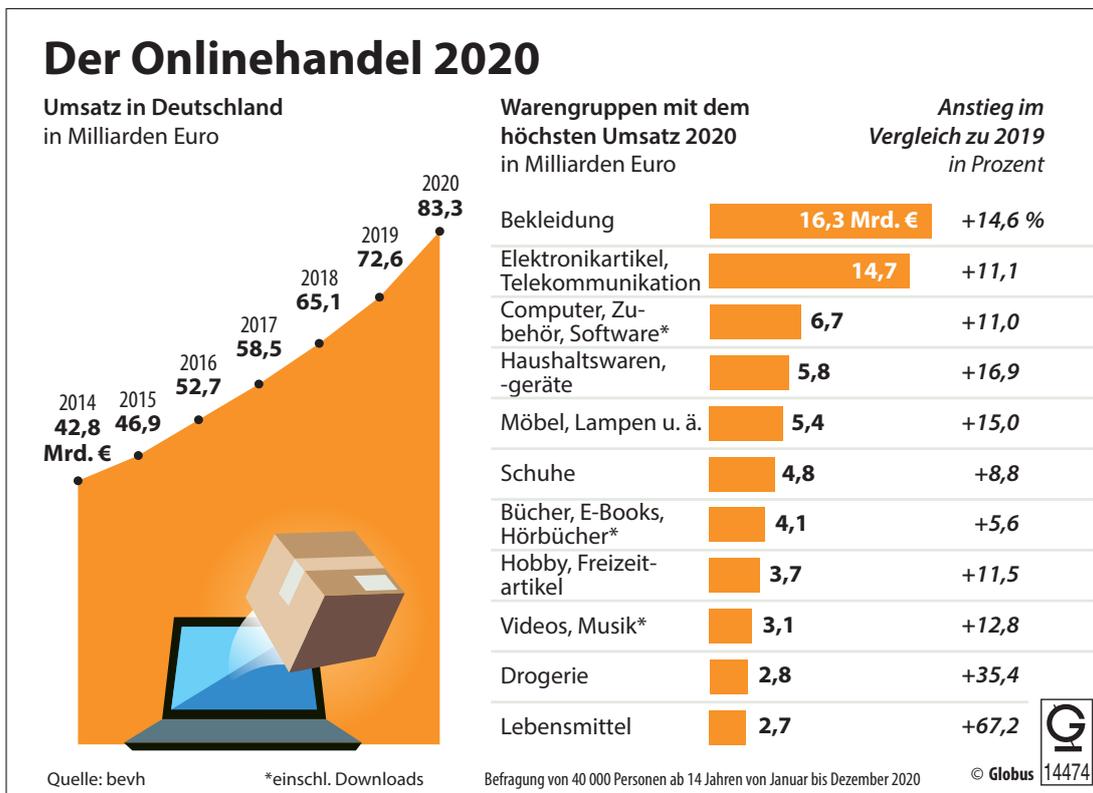
Die wachsende Bedeutung des Homeoffice in der Corona-Pandemie könnte zur Entspannung an den Wohnungsmärkten führen. Zu diesem Ergebnis kommen die Wissenschaftler des Pestel Instituts in Hannover. Frei werdende Büroflächen könnten demnach in Wohnflächen umgewandelt und genutzt werden. Denn es sei sehr wahrscheinlich, dass auch nach einem Ende der Corona-Pandemie viele Arbeitnehmer einen Teil der Arbeitszeit im Homeoffice verbringen werden. Aktuell zeigt sich bei den Wohnungsmärkten in den Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands ein Ost-West-Gefälle, nur Berlin und die Umgebung bilden eine Ausnahme. Während in vielen ost-deutschen Kreisen mehr Wohnungen am Markt sind als nachgefragt werden, ist die Situation in und um Ballungszentren im Westen, aber auch in Berlin deutlich angespannter. Zum Jahresende 2019 fehlten nach Berechnungen des Pestel Instituts etwa 670 000 Wohnungen. In den Regionen mit geringer Nachfrage summierte sich der Leerstand auf 450 000 Wohnungen.

Quelle: Pestel Institut (<http://dpaq.de/58Lgi>)

Datenerhebung: unregelmäßig, Stand Dezember 2020

Siehe auch Grafik: 14456 So läuft's am Bau, 14128 So groß sind die Wohnungen, 13985 Die neuen Wohnungen, 13862 Baugenehmigungen

Grafik: Paul Massow; **Redaktion:** Sophie Lauterbach



Lebensmittel-Boom

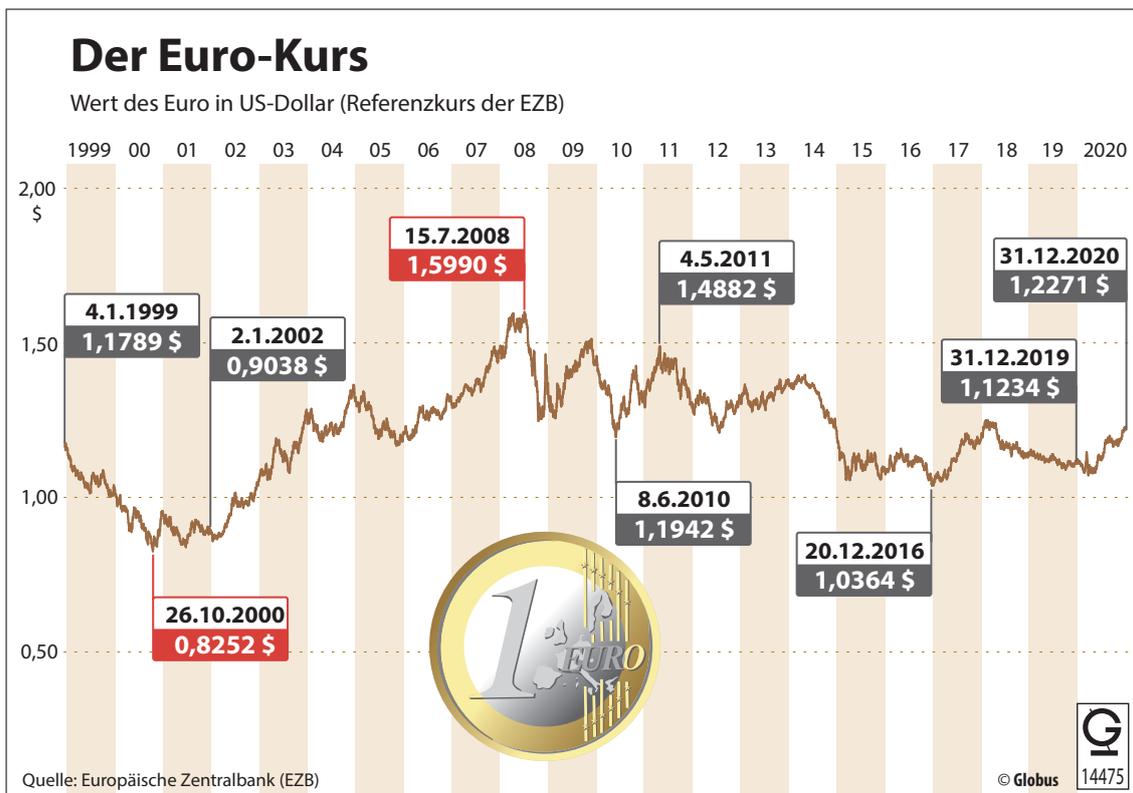
Die Corona-Pandemie hat dem Onlinehandel in Deutschland ein deutliches Plus beschert. Der Umsatz stieg von 72,6 Milliarden Euro im Jahr 2019* auf 83,3 Milliarden Euro im Jahr 2020. Das entspricht einem Wachstum von fast 15 Prozent. Das größte Wachstum verzeichneten die Waren des täglichen Bedarfs. Obwohl der Lebensmittelhandel während der gesamten Corona-Krise nie geschlossen hatte, legte er im Onlinehandel mit einem Plus von 67,2 Prozent am stärksten zu. Aber auch Drogerieartikel und Medikamente wurden deutlich häufiger im Internet bestellt. Auch die Altersstruktur der Onlinekunden hat sich durch die Corona-Krise verändert. Fast jeder Dritte war älter als 60 Jahre, ein Jahr zuvor lag der Anteil der über 60-Jährigen noch bei 22,7 Prozent. Der Bundesverband E-Commerce und Versandhandel geht davon aus, dass sich diese Entwicklung im Onlinehandel nicht mehr umkehren wird. Das Internet sei künftig die Basis, von der aus Kunden ihren Einkauf beginnen. Der klassische Einzelhandel und die Innenstädte müssen sich diesem veränderten Kaufverhalten anpassen, um den Kunden einen Mehrwert vor Ort zu bieten.

Quelle: Bundesverband E-Commerce und Versandhandel (bevh) (<http://dpaq.de/CYHKU>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Anfang 2022

Siehe auch Grafik: 14322 Die größten Online-Shops in Deutschland, 13899 Bezahlen im Netz, 13887 Die größten Online-Shopper in der EU, 13876 Die Konsum-Milliarden

Grafik: Fred Bökelmann; **Redaktion:** Sophie Lauterbach



Euro legte 2020 neun Prozent gegenüber dem Dollar zu

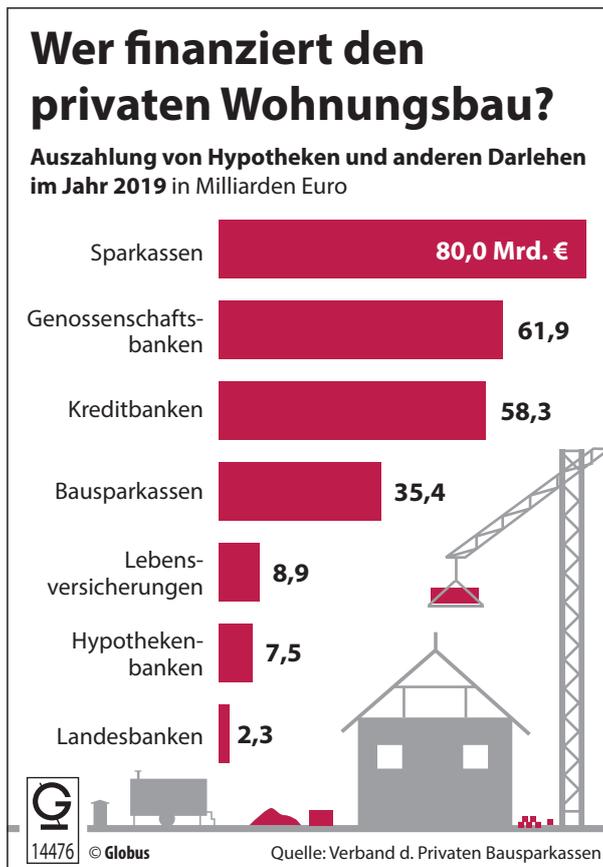
Der Startschuss für den Euro ist 1999 gefallen. Zum Jahresbeginn 1999 startete der Euro als Buchgeld. Kurz zuvor waren die Wechselkurse zwischen dem Euro und den einzelnen Währungen der Mitgliedstaaten unwiderruflich festgelegt worden. Richtig angekommen ist die neue Währung aber im Bewusstsein der Bürger erst, als die D-Mark allmählich aus den Portemonnaies verschwand und der Euro das neue Bargeld war. Das geschah Anfang 2002. Mittlerweile haben 19 Länder der EU den Euro als Währung. Zuletzt kam am 1. Januar 2015 Litauen hinzu, die Litauer tauschten ihre alte Währung Litas gegen den Euro ein. Gegenüber der US-amerikanischen Währung notierte der Euro an seinem ersten Handelstag, dem 4. Januar 1999, mit 1,1789 US-Dollar. Den tiefsten Punkt erreichte er am 26. Oktober 2000 mit 0,8252 Dollar, am teuersten war er am 15. Juli 2008: Damals kostete ein Euro 1,5990 Dollar. Im Jahresverlauf 2020 hat der Euro 9,2 Prozent gegenüber dem Dollar zugelegt. Ende 2019 kostete ein Euro 1,1234 Dollar, am 31. Dezember 2020 waren es 1,2271 Dollar.

Quelle: Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank (<http://dpaq.de/Dnqqv>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Anfang 2022

Siehe auch Grafik: 14463 Preisanstieg in der Eurozone, 13914 Die Europäischen Währungshüter, 13343 Deutscher Außenhandel: So wird abgerechnet

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink



Marktführer Sparkassen

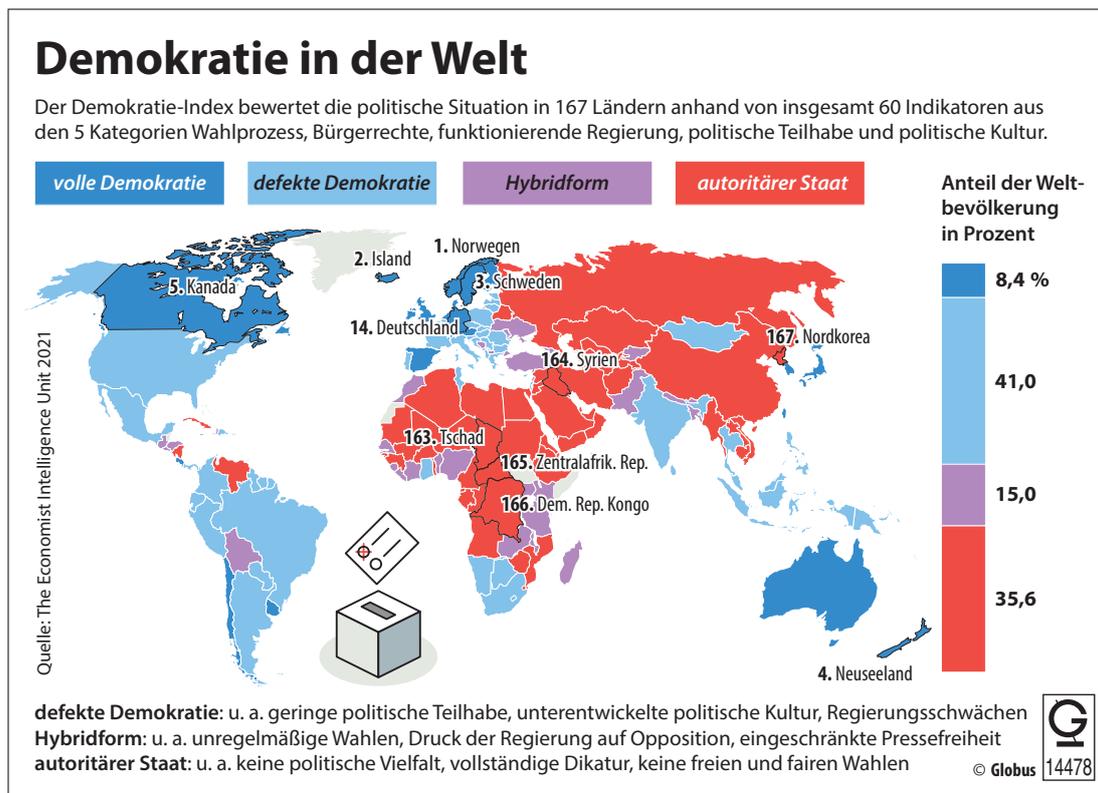
Die deutsche Finanzwirtschaft hat im Jahr 2019 mehr als 254 Milliarden Euro für den privaten Wohnungsbau bereitgestellt; das waren fast 27 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr. Größter Finanzier waren die Sparkassen mit Auszahlungen in Höhe von 80 Milliarden Euro. Sie hatten damit einen Marktanteil von fast einem Drittel. Auf dem zweiten Platz folgten die Genossenschaftsbanken, zu denen unter anderem die Volks- und Raiffeisenbanken gehören, mit rund 62 Milliarden Euro; das entsprach knapp einem Viertel aller Baugeldauszahlungen. Die Kreditbanken lagen 2019 mit 58,3 Milliarden Euro vor den öffentlichen und privaten Bausparkassen, die mit 35,4 Milliarden Euro viertgrößter Kreditgeber im Wohnungsbau waren. In diesen Zahlen sind auch die durchgeleiteten Darlehen der staatlichen Förderbank KfW enthalten, die nicht näher auf die Institutsgruppen aufgeschlüsselt werden können.

Quelle: Verband der Privaten Bausparkassen (<http://dpaq.de/zUXFm>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Herbst 2021

Siehe auch Grafik: 14128 So groß sind die Wohnungen, 13985 Die neuen Wohnungen, 13862 Baugenehmigungen

Grafik: Andreas Brühl, Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink



Volle Demokratie in 23 Ländern

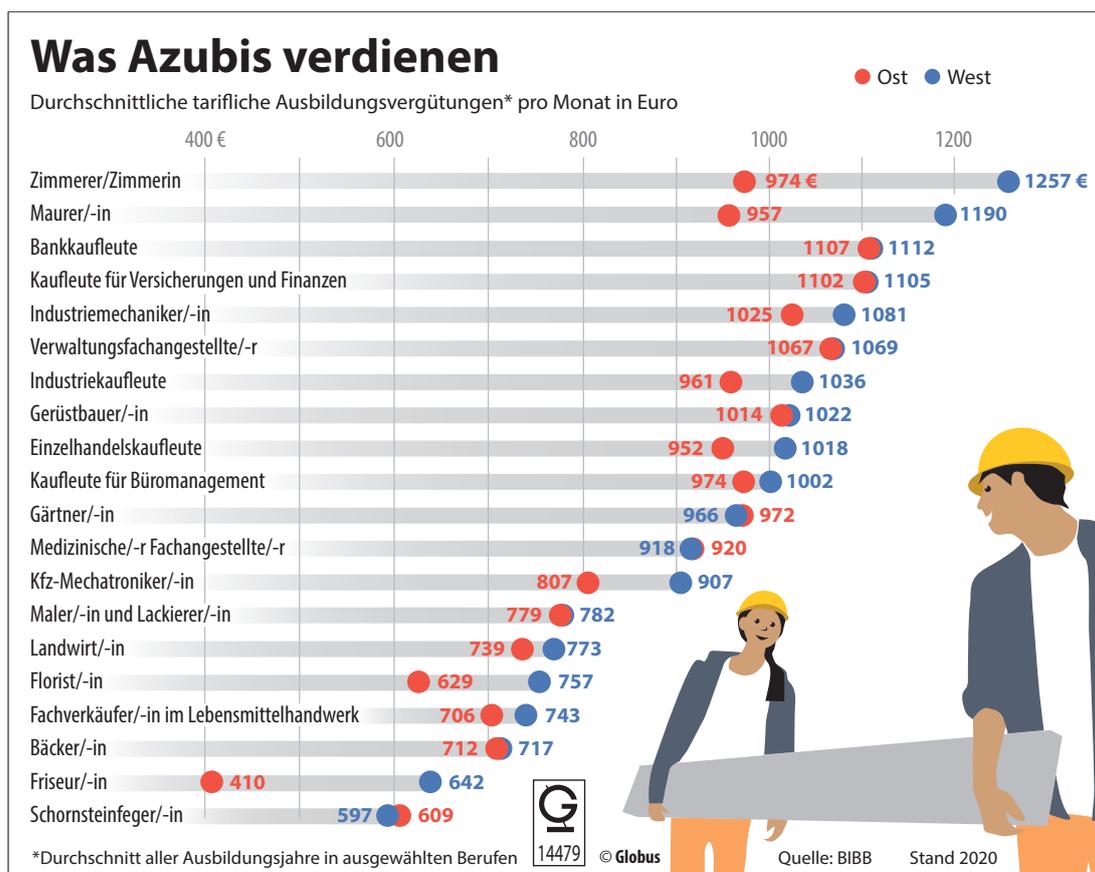
Freie und faire Wahlen, politische Grund- und Bürgerrechte, eine politische Kultur, eine funktionierende Regierung, unabhängige und vielfältige Medien, eine unabhängige Justiz und ein effektives System der gegenseitigen Kontrolle – all das sind die Bestandteile einer vollen Demokratie. Das Land, das am nächsten an diesen Idealzustand herankommt, ist Norwegen. Auf einer Skala von null bis zehn erreichte Norwegen mit 9,81 Punkten die beste Wertung aller 167 untersuchten Länder. Insgesamt landen weitere 22 Länder mit mehr als acht Punkten in der Kategorie „volle Demokratie“, darunter auch Deutschland auf Rang 14. 57 Länder erreichten in der Wertung vier Punkte und weniger und zählen damit zu den autoritären Staaten. Nordkorea landet mit 1,08 Punkten auf dem letzten Platz. In diesen autoritären Ländern ist politischer Pluralismus gar nicht oder nur stark eingeschränkt vorhanden, viele sind zudem echte Diktaturen. Wenn Wahlen stattfinden, sind sie nicht frei und fair. Die Medien sind häufig in Besitz des Staates, und Kritik an der Regierung wird unterdrückt.

Quelle: The Economist Intelligence Unit (<http://dpaq.de/FMgme>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Anfang 2022

Siehe auch Grafik: 14426 Korruption in Asien, 14452 Das Wahljahr 2021, 14367 Die Arabischen Aufstände, 14253 Petitionen an den Bundestag

Grafik: Fred Bökelmann; **Redaktion:** Sophie Lauterbach



Angehende Zimmerleute verdienen am besten

Die tariflichen Ausbildungsvergütungen sind 2020 um durchschnittlich 2,6 Prozent gestiegen. Im Durchschnitt aller berücksichtigten Berufe und Ausbildungsjahre verdienten die Azubis 963 Euro brutto im Monat. Besonders lohnte sich eine Ausbildung am westdeutschen Bau, und dort besonders bei den Zimmerleuten. Monatlich 1257 Euro verdienten dort die Zimmerer-Lehrlinge im Durchschnitt aller Ausbildungsjahre (Ost: 974 Euro). Ähnlich gut ging es den Maurern und den Bankkaufleuten. Am unteren Ende der Verdienstskala der Berufe lagen nach Erhebungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) Schornsteinfeger mit rund 600 Euro. Im Durchschnitt aller Ausbildungsbranchen erhielten die jungen Leute im Westen 965 Euro pro Monat, im Osten waren es 939 Euro. In der BIBB-Datenbank „Tarifliche Ausbildungsvergütungen“ wurden die Tarifverträge für 171 Berufe in den westlichen und für 114 Berufe in den östlichen Bundesländern erfasst. Für die Berechnung der gesamtdeutschen Durchschnittswerte sowie der Durchschnittswerte für Ost- und Westdeutschland wurden darüber hinaus alle Ausbildungsberufe berücksichtigt.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (<http://dpaq.de/76xr5>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Anfang 2022

Siehe auch Grafik: 14430 Wer bildet aus?, 14414 Die neuen Azubis, 14407 Warum Betriebe ausbilden

Grafik: Dr. Jürgen Reschke; **Redaktion:** Wolfgang Fink